Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 17.05.2022

Dezernat: III / Fachdienst Feuerwehr
und Rettungsdienst
Bearbeiter/in: Jakobi, Stephan, Dr.
Telefon: (0385) 5000-100

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

00448/2022

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss

Betreff

Beschaffung und Wäsche von Rettungsdienstbekleidung

Beschlussvorschlag

1. Der Hauptausschuss erteilt die Genehmigung zur Beschaffung von Bekleidung (Hosen und Jacken) als Verhandlungsvergabe sowie die Ausschreibung der für die Bekleidung notwendigen qualifizierten Wäschedienstleistung über zwei Jahre für den Rettungsdienst der Landeshauptstadt Schwerin auf der Grundlage einer öffentlichen Ausschreibung im nationalen Verfahren gem. Vergabegesetz M-V (VgG M-V) i.V.m. Unterschwellenvergabeverordnung (UVgO) und Vergabeerlass M-V (VgE M-V).
2. Der Oberbürgermeister wird durch den Hauptausschuss ermächtigt, den im Ergebnis des jeweiligen Vergabeverfahrens (§ 43 UVgO, unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichstes Angebot) ermittelten Auftragnehmer zur Ausführung der Lieferleistung bzw. Dienstleistung den Auftrag zu erteilen bzw. den Dienstleistungsvertrag zu schließen.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Die Landeshauptstadt Schwerin ist Träger und Leistungserbringer des öffentlichen Rettungsdienstes im Stadtgebiet. Sie stellt die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit medizinischer Notfallrettung und Krankentransporten sicher. Sie betreibt zudem ein Notarztsystem. Hierfür sind insgesamt über 100 Bedienstete des FD Feuerwehr und Rettungsdienst qualifiziert und werden für die Tätigkeit in Vollzeit oder anteilig im Rahmen des Dienstverhältnisses eingesetzt. Bei der Tätigkeit sind die Vorschriften der gesetzlichen Unfallkassen einzuhalten und die Bediensteten mit entsprechender Bekleidung und persönlicher Schutzausrüstung auszustatten.

Bisher wurden Persönliche Schutzausrüstung (PSA) und andere Rettungsdienstkleidung als Mietbekleidung durch Vergabe an einen Dienstleister zur Verfügung gestellt. Aufgrund eines vergrößerten Personalpools aus Beamten, Vollzeitbeschäftigten und geringfügig Beschäftigten ist das bisher bestehende Konzept der Mietbekleidung unwirtschaftlich. Die bestehende Leistungsvergabe wurde zum 15.02.2023 bereits gekündigt.

Es ist nach Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit beabsichtigt, PSA und Rettungsdienstkleidung selbst zu beschaffen und die fachgerechte, desinfizierende Wäschepflege an einen Dienstleister zu vergeben.

In einem ersten Schritt werden Teile der bestehenden Mietbekleidung übernommen, so dass nur Rettungsdiensthosen und Rettungsdienstjacken in leichter Form als Erstausrüstung neu bereitgestellt werden müssen. Diese sollen zeitgleich auf Basis hier vorliegender Entscheidung des Hauptausschusses über eine Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb gem. Unterschwellenvergabeverordnung (UVgO) in Verbindung mit Vergabeerlass M-V, Ziffer II 1.1.2 beschafft werden (Wertgrenze 100.000 EUR netto). Die vollständige Refinanzierung der Beschaffung durch die Kostenträger des Rettungsdienstes (Krankenkassen) über jährliche Abschreibungsbeträge ist gegeben. Investitionsmittel stehen im Haushalt 2022 zur Verfügung.

Es besteht folgender Bedarf:

Rettungsdiensthose	500 Stück	37.500,00 €
Rettungsdienstjacke leicht	200 Stück	27.000,00 €
	Kosten gesamt:	65.500,00 €
	Kosten incl. MwSt:	76.755,00 €

In einem zweiten Schritt wird die Leistung für die Wäschedienstleistung ausgeschrieben. Hier soll ein Vertrag über zunächst 2 Jahre öffentlich ausgeschrieben und bezuschlagt werden (Abholung, qualifizierte Wäsche und Desinfektion, Anlieferung an die Rettungswachen). Die Kostenschätzung für den Bindungszeitraum lässt ebenfalls ein Verfahren nach Unterschwellenvergabeverordnung (öffentliche Ausschreibung) zu. Die jährlichen Kosten wurde auf Basis der bisherigen Leistungen in der Markterkundung mit ca. 100 TEUR jährlich ermittelt. Diese stehen jährlich im Produkt 12701 im Ergebnis- und Finanzhaushalt zur Verfügung.

Entsprechend § 5 Abs. 4 Nr. 1 a) der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Schwerin hat der Hauptausschuss die Zustimmung zum Vergabeverfahren nach VOL (neu UVgO) für Leistungen über 50.000 EUR zu erteilen.

2. Notwendigkeit

Die Bereitstellung normgerechter und den Unfallverhütungsvorschriften entsprechender Persönlicher Schutzausrüstung ist eine Pflichtaufgabe des Arbeitgebers bzw. Dienstherren. Die Wirtschaftlichkeitsanalyse hat gezeigt, dass auf Grund geänderter Rahmenbedingungen Handlungsbedarf hin zu einer sparsameren Leistung gegeben ist. Die Wäscheleistung kann mit eigenen Bediensteten neben den Aufgaben der Notfallrettung nicht durchgeführt werden, da der Anfall an Wäsche und die damit einhergehende Logistik personell nicht abgebildet werden kann. Die Kosten für festangestelltes Personal übersteigen die Kosten der Dienstleistung mutmaßlich erheblich.

3. Alternativen

Die Dienstleistung kann auch wieder als kombinierte Mietwäsche/Waschleistung vergeben werden, durch die Personalfluktuatation im Bereich der eingesetzten Bediensteten sind dann jedoch keine Kosteneinsparungen zu erwarten. Die Neuvergabe ist in jedem Falle auf Grund des Wettbewerbsrechts vorzunehmen.

4. Auswirkungen

Lebensverhältnisse von Familien:

Wirtschafts- / Arbeitsmarkt: Teile der Leistungen (Lieferleistung, Wäscherei) könnten örtlichen Wirtschaftsunternehmen zu Gute kommen.

Klima / Umwelt:

Gesundheit:

5. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe:

ja

nein, der Beschlussgegenstand ist allerdings aus folgenden Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse:

Zur Erfüllung der freiwilligen Aufgabe wird folgende Deckung herangezogen:

b) Sind über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen erforderlich?

ja, die Deckung erfolgt aus:

nein.

c) Bei investiven Maßnahmen:

Ist die Maßnahme im Haushalt veranschlagt?

ja, *Investitionen im Rettungsdienst (Maßnahme 1270115999)*

nein, der Nachweis der Veranschlagungsreife und eine Wirtschaftlichkeitsdarstellung liegen der Beschlussvorlage als Anlage bei.

d) Drittmitteldarstellung:

Die Refinanzierung erfolgt zu 100% über Benutzungsentgelte des Rettungsdienstes.

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Konsolidierung des aktuellen Haushaltes: keine

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Konsolidierung künftiger Haushalte:

Senkung der Auszahlungen für Mietwäsche (Finanzhaushalt und Ergebnishaushalt), Erhöhung von Abschreibungsbeträgen (Ergebnishaushalt), insgesamt jedoch kostenneutral, da die Benutzungsentgelte des Rettungsdienstes den Kosten angepasst werden

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: keine

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: keine

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

keine

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister